



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Aus dem Inhalt

**Schweizer Werte sichern
Schweizer Erfolgsmodell auch
in unsicheren Zeiten**

**Gesunde Finanzpolitik ist
möglich – wagen wir den
Versuch ...**

Brennpunkt:

**Juso Erbschaftssteuer-
Initiative: Zum Schaden von
Demokratie und Wirtschaft**

**Der Aargau will bei Kernkraft
vorwärts machen**

**Bargeld im Asylwesen ist
keine Lösung mehr**

**Einbürgerungsanforderungen
nicht noch mehr senken**

**Einladung zur Mitglieder-
versammlung**

**Öffentliche Veranstaltung
Rahmenabkommen 2.0 und
Kompass-Initiative
Wie sichern wir unseren Wohl-
stand?**

Herausgeber

PERSPECTIVE CH, Postfach, 5001 Aarau

Perspective CH – im Einsatz für eine souveräne, unabhängige Schweiz



Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Mit grosser Freude darf ich euch den neusten Newsletter von Perspective CH präsentieren! Bevor ich jedoch auf den Newsletter eingehe, folgendes: Werfen Sie noch heute einen Blick auf **www.perspective-ch.ch**. Wir haben unsere Homepage komplett überarbeitet, sie präsentiert sich in einem neuen, kraftvollen Erscheinungsbild. Reinschauen lohnt sich! Doch nun zurück zum Newsletter:

Ständerat Thierry Burkart beschreibt das «Erfolgsmodell Schweiz in unsicheren Zeiten» und was es für den langfristigen Erfolg braucht. Unser Vizepräsident Hans-Jörg Bertschi äussert sich in einem Interview dezidiert gegen die schädliche Juso-Initiative und welche negativen Auswirkungen diese hätte. Gleich profund und auf den Punkt gebracht legt auch Daniel Heller dazu seine Argumente dar. Sowohl Hans-Jörg Bertschi als auch Daniel Heller, beide gehören dem Vorstand der Perspective CH an, haben mit ihrem grossen Netzwerk einen detaillierten Einblick in die Welt der KMU-Unternehmen, ihr Wort gerade bei der Bekämpfung dieser Initiative hat Gewicht. Nationalrat Christoph Riner setzt sich mit den Einbürgerungsthematiken auseinander und welche Herausforderungen sich dort stellen. Adrian Meier, FDP Grossrat aus Menziken, legt seine Argumente zur Kernkraft dar und mit welchen parlamentarischen Initiativen er sich dafür einsetzt. Adrian Schoop beleuchtet das Asylwesen und zeigt den dringenden Handlungsbedarf auf. Christoph Hagenbuch, SVP Grossrat aus Oberlunkhofen, setzt sich mit den überbordenden Staatsfinanzen auseinander. Alles in allem wieder mannigfaltige Beiträge aus dem Kreis unserer Mitglieder!

Reservieren Sie sich den 2. Dezember 2025 in der Agenda: An diesem Tag findet die Generalversammlung mit anschliessendem Vortrag von Urs Wietlisbach statt. Urs Wietlisbach ist Partner und Mitbegründer der Partners Group, einem führenden Private-Equity-Fonds. Der breiten Öffentlichkeit ein Begriff ist er jedoch vielmehr als Gründer der Kompass/Europa Bewegung und Mitinitiant der Kompass-Initiative. Urs Wietlisbach wird seine Sicht auf das Rahmenabkommen 2.0 darlegen und die Kompass-Initiative erläutern. Eine Gelegenheit, die Sie sich nicht entgehen lassen dürfen.

Last but not least: Die Perspective CH kann ihren Grundauftrag, nämlich die Verteidigung von Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit nur wahrnehmen, wenn wir auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung haben. Unsere Öffentlichkeitsarbeit, unsere Veranstaltung bedingen Ressourcen. Danke an dieser Stelle für die Überweisung des Mitgliederbeitrags und einer grosszügigen Spende.

Reto Caprez

Präsident PERSPECTIVE CH



Thierry Burkart, Ständerat AG
und Präsident FDP.Die Liberalen
Schweiz

Schweizer Werte sichern Schweizer Erfolgsmodell auch in unsicheren Zeiten

Die aktuelle geopolitische und wirtschaftliche Lage ist geprägt von Unsicherheiten: Kriege, Handelskonflikte, Protektionismus. Gerade jetzt ist echtes Unternehmertum in unserem Land wichtiger denn je. Unternehmen wählen nicht zufällig die Schweiz als Standort. Sie tun dies, weil unser Land Sicherheit und Verlässlichkeit bietet. Werte wie Disziplin, Qualität und Pünktlichkeit sind bei den Schweizer KMU noch immer tief verankert. Diese typisch schweizerischen Werte machen unsere Unternehmen zum zuverlässigen und geschätzten Handelspartner. Damit wurde unser Land wohlhabend. Die Schweiz kann den Bürgerinnen und Bürgern bedeutend mehr bieten als die umliegenden Staaten. Jetzt gilt es aber, diese Werte zu bewahren und die aktuellen politischen Rahmenbedingungen entsprechend zu gestalten.

Unsere Ausgangslage ist grundsätzlich nach wie vor gut, besitzt aber keine Garantie für die Ewigkeit, sondern muss tagtäglich erarbeitet und verteidigt werden. Wirtschaftsfeindliche Gesetze, Steuererhöhungen und ideologisch motivierte Umverteilungsinitiativen untergraben die Substanz unserer Volkswirtschaft und gefährden letztlich Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationskraft von KMU und Gewerbe.

Juso, SP & Co. gefährden unsere Familienunternehmen

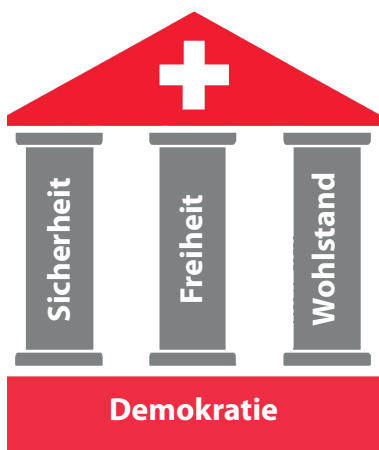
Die von der Juso lancierte Erbschaftssteuerinitiative ist besonders schädlich. Sie sieht eine massive Besteuerung von Erbschaften ab einem Freibetrag von 50 Millionen Franken vor. Was auf den ersten Blick nur Superreiche zu betreffen scheint, gefährdet in Wahrheit viele Familienunternehmen und KMU, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Denn bei einer solchen Besteuerung droht die Zerschlagung gesunder Betriebe allein deshalb, weil Erben die drohende Steuerlast oft nicht tragen können. Das bedeutet nicht nur das Aus für gewachsene Unternehmensstrukturen, sondern auch für zahlreiche Arbeitsplätze. Diese Initiative ist der sprichwörtliche Schuss ins eigene Knie. Die Juso will Erbschaften besteuern und bestraft damit vor allem den Mittelstand in unserem Land. Die damit einhergehenden Steuerausfälle in Milliardenhöhe bedrohen den Service Public. Es ist absehbar: Die Steuerausfälle muss wiederum der Mittelstand tragen.

Finanzierung der AHV sicherstellen

Die AHV steht ebenfalls unter Druck – sowohl demografisch als auch finanziell. Die Zahl der Rentenbezüger wächst, während die Zahl der Beitragszahlerinnen schrumpft. Wer, wie die Mitte-Links-Parteien suggeriert, dass sich die AHV einzig mit höheren Lohnabgaben oder staatlichen Zuschüssen retten lässt und das Sozialwerk sogar weiter ausbauen will, handelt verantwortungslos. Anstatt eines weiteren Steuerhammers zulasten von KMU und Mittelstand ist bei der Altersvorsorge mehr Ehrlichkeit gefragt. Wir brauchen eine nachhaltige Reform, die eine ausgewogene Finanzierung und ein an die Realität angepasste Lebensarbeitszeit vorsieht. Nur so können wir die Renten ohne zusätzliche Steuererhöhungen und höhere Lohnabgaben finanzieren.

Angriffe auf Vorsorgevermögen bekämpfen

Um weitere Verschlechterungen der unternehmerischen Rahmenbedingungen zu verhindern braucht es endlich ein Umdenken bei den Bundesausgaben. Sowohl das eidgenössische Parlament wie auch der Bundesrat sind aufgefordert, den Bundeshaushalt gezielt zu entlasten, anstatt ständig neue Staatsaufgaben zu erfinden. Es braucht einen Personalstopp beim Bund und seinen externen Dienstleistern – denn der Speckgürtel von Beratungsfirmen im Umfeld des Bundes ist zu gross. Auch bei neuen Aufgaben muss der Personalbestand nicht ständig erweitert werden. Jedes KMU im Land ist es sich gewohnt, für neue Geschäftsfelder das richtige Personal zu rekrutieren und in anderen Bereichen abzubauen. So müsste auch der Bundesrat aufzeigen, auf welche Staatsaufgaben verzichtet werden und was durch die Digitalisierung effizienter erledigt werden kann. Staatliche Ausgaben müssen gezielt, effizient und haushälterisch erfolgen. Nur so können wir uns weiterhin einen Sozialstaat leisten, der die Schwächsten schützt und stärkt. Wer jedoch die Bundesfinanzen durch Steuern auf Sparvermögen retten will, gefährdet das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Dem Griff nach jahrzehntelang ange-



sparten Vorsorgevermögen – als Konzession an die Linken – gilt es, mit allen politischen Mitteln zu bekämpfen. Derlei Angriffe auf den sparsamen Mittelstand muss die bürgerlich-liberale Politik verhindern.

Wirtschaftlicher Erfolg, sozialer Ausgleich und staatliche Stabilität sind keine Gegensätze. Sie bedingen einander. Wer glaubt, den Wohlstand durch höhere Steuern, mehr Umverteilung und Überregulierung sichern zu können, irrt. Wir brauchen eine bürgerlich-liberale Politik, die Eigenverantwortung stärkt und Leistung belohnt. Die damit einhergehenden liberalen Rahmenbedingungen und Werte legen seit je her den fruchtbaren Boden für das Erfolgsmodell Schweiz.



Christoph Hagenbuch
Grossrat SVP
Präsident Bauernverband Aargau
Oberlunkofen

Grosser Rat: Gesunde Finanzpolitik ist möglich – wagen wir den Versuch ...

Es war in den vergangenen Jahren immer dasselbe. Eine überwältigende Mehrheit des Grossen Rates hat sich gegen die Vorschläge der SVP und EDU Grossräte gestellt und die anhaltenden Sparbemühungen der SVP Fraktion ins Leere laufen lassen. Unsere Anträge wurden regelmässig von allen anderen Parteien bekämpft oder zumindest abgelehnt. Wohin das führt, wissen wir alle, nämlich zu einem ausufernden Staat oder finanzpolitisch ausgedrückt, zu einer steigenden Staatsquote.

Endlich verfügen die bürgerlichen Kräfte mit SVP und FDP wieder einmal über eine Mehrheit im Grossen Rat und diese hat seit dem 1. Januar 2025 begonnen «zu funktionieren». Bereits wurden einige Vorstösse im Namen beider Fraktionen eingereicht. Und Motionen der jeweils anderen Fraktion werden mit wenigen Ausnahmen gegenseitig unterstützt. Das ist gut so! «Unterstützen wenn die Richtung stimmt» muss die Devise sein! Es nützt nichts, einen Vorstoss nicht zu unterstützen und das Haar in der Suppe suchen zu wollen, nur weil dieser Vorstoss nicht von der eigenen Partei eingereicht worden ist oder weil man selber nicht auf die Idee gekommen ist. Gute Politik sieht anders aus und ich freue mich, dass sich die meisten Vertreter der beiden Fraktionen FDP und SVP dazu aufgerafft haben, in der laufenden Legislatur gute Sachpolitik zu machen und einander zu helfen.

Ein erstes Beispiel dafür ist, dass die Fraktionen gemeinsam die Schuldenbremse wieder stärken wollen. Diese wurde vor einigen Jahren vom Regierungsrat und vom Grossen Rat gegen den Willen der SVP aufgeweicht, indem grosse Immobilienvorhaben ab 50 Millionen nicht mehr direkt der Schuldenbremse unterstellt wurden. Im Vergleich zu einem Privathaushalt ist das etwa so, wie wenn man für den Erwerb eines Fernsehers einen Privatkredit aufnimmt. Und darum ging es der Regierung und der Mehrheit des Grossen Rates damals auch. Mehr ausgeben und auf Pump kaufen, respektive die Schulden auf zukünftige Generationen abschieben. Wie dem auch sei, die echt bürgerlichen Politiker im Grossen Rat beabsichtigen, diesen Murks baldmöglichst zu heilen und die Schuldenbremse wieder zu stärken.

Im letzten Herbst machte der Souverän deutlich, was er will. Mehr bürgerliche Politik. Weniger Staat, weniger Abgabenlast. Diese Wünsche versuchen wir nun umzusetzen. Für den Budgetprozess 2026 haben wir die Forderungen der FDP und SVP Fraktionen dem Regierungsrat frühzeitig kommuniziert. Wir wollen eine sinkende Staatsquote und einen mindestens 8% tieferen Kantonssteuereffuss. Leider müssen wir feststellen, dass sich der Regierungsrat und die Verwaltung aktuell noch damit schwertun, die neuen Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat zu akzeptieren. Auf unsere konkret gestellten Forderungen antwortete der Regierungsrat bisher nur mit Allgemeinplätzen zum Budgetprozess und einer allgemein gehaltenen Ablehnung unserer Forderungen.

Wie dem auch sei. Auch für bürgerliche Politiker ist es zuweilen verlockend, den Staat wuchern zu lassen. Vorschriften betreffen meistens «die Anderen» und man gibt im Grossen Rat ja nicht das eigene Geld aus. Ich habe aber aufgrund der gut angelaufenen Zusammenarbeit der FDP und SVP Fraktionen und unserem klaren und frühzeitigem Positionsbezug in Sachen Budget 2026 seit langem wieder einmal die berechtigte Hoffnung, dass wir gemeinsam den ausufernden Staat zurückstutzen und die Abgabenlast senken können. Wenn nötig auch gegen den Willen von «Linksgrün» und der Verwaltung. Wir müssen es nur wagen.

“ Es besteht die berechtigte Hoffnung, den ausufernden Staat zurückstutzen und die Abgabenlast senken zu können.



Dr. Daniel Heller, Erlinsbach
Partner bei Farner Consulting AG,
Präsident der Spezialklinik Barmel-
weid, Verwaltungsratspräsident der
Kantonsspital Baden AG, verschiedene
Verwaltungsratspositionen im Finanz-
bereich und Startup Bereich

Juso Erbschaftssteuer-Initiative:

Zum Schaden von Demokratie und Wirtschaft

Was auf den ersten Blick als gerechte Vermögensumverteilung und Beitrag zum Klimaschutz verkauft wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als demokratie- und wirtschaftsfeindliches Vorhaben mit gravierenden Nebenwirkungen. Die Juso Erbschaftssteuer Initiative gefährdet nicht nur tragende Pfeiler unserer Rechtsordnung, sondern bedroht auch einen der dynamischsten Bereiche der Schweizer Wirtschaft: die Startup-Szene.

Bereits der geplante Umgang mit dem Gesetzgebungsprozess gibt Anlass zur Kritik. Die Initiative sieht vor, dass die Erbschaftssteuer unmittelbar nach Annahme durch Volk und Stände per Verordnung durch die Exekutive eingeführt wird – ohne Parlamentsdebatte und ohne Referendumsrecht des Volkes für das Ausführungsgesetz. Ein solcher Alleingang der Regierung widerspricht den Grundprinzipien unserer Gewaltenteilung und der direktdemokratischen Mitbestimmung.

Besonders problematisch ist zudem, dass die Initiative bereits ab der Abstimmung in Kraft treten soll, auch wenn das Ausführungsgesetzgebung erst noch erarbeitet werden muss und rückwirkend in Kraft treten würde. Rückwirkendes Steuerrecht ist mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit unvereinbar und aus rechtsstaatlicher Sicht höchst fragwürdig. Bereits heute entfaltet die Initiative Vorwirkungen: Vermögende Personen und Unternehmensgründer erwägen oder planen Wegzüge ins Ausland, noch bevor überhaupt abgestimmt wurde. So etwas darf in einem verlässlichen Rechtsstaat nicht geschehen.

Verfassungsmässige Rechte werden verletzt

Die Initiative missachtet darüber hinaus zentrale Rechte der Bundesverfassung. Besonders gravierend ist der Verstoss gegen die Eigentumsgarantie. Eine Steuer von 50 % auf Erbschaften über 50 Millionen Franken ist konfiskatorisch und kommt einer Enteignung gleich. Zudem wird der Grundsatz der Gleichbehandlung verletzt, da Personen mit 49,9 Millionen Franken gar nicht, jene mit 50 Millionen aber mit der Hälfte ihres Vermögens belastet werden sollen – eine willkürliche und sachlich nicht gerechtfertigte Grenzziehung.

“Besonders gravierend ist der Verstoss gegen die Eigentumsgarantie.“

JUSO ERBSCHAFTSSTEUER-INITIATIVE

SCHWEIZER WIRTSCHAFT



JUSO VERTREIBT REICHE. WIR TRAGEN DIE LAST.

JUSO
INITIATIVE **NEIN**



Auch die Niederlassungsfreiheit wird faktisch ausgehebelt. Eine mögliche Wegzugssteuer in Höhe von 50% auf Vermögen über 50 Millionen als möglich «Massnahme zur Steuervermeidung», wie sie die Initiative fordert, verhindert de facto den Wegzug und schränken die persönliche Freiheit massiv ein. Dies widerspricht nicht nur der Bundesverfassung, sondern auch internationalen Abkommen, die die Schweiz unterzeichnet hat.

Langfristiger Schaden für den Wirtschaftsstandort

Neben den verfassungs- und demokratiepolitischen Bedenken sind es vor allem die wirtschaftlichen Konsequenzen, die mich alarmieren. Die Initianten ignorieren, dass Erbschaftssteuern nicht nur grosse Familienunternehmen, sondern auch die Startup-Szene betrifft. Denn zahlreiche erfolgreiche Gründer investieren nach dem erfolgreichen Verkauf ihrer Startups wieder in neue Projekte und stärken so den gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz.

Die Initiative würde jedoch ab dem Abstimmungstag auch für Startup-Gründer gelten, deren Vermögen die Grenze von 50 Millionen Franken überschreiten. Wer als erfolgreicher Startup Gründer dann noch in der Schweiz bleibt, riskiert beim Wegzug oder im Erbfall die Abgabe der Hälfte seines Vermögens an den Staat. Welcher Startup Gründer träumt nicht von einem Firmenwert seines Startups, der Richtung Unicorn geht? Die Folge wäre ein Exodus erfolgreicher Unternehmerinnen und Unternehmer – entweder durch einen Wegzug vor der Abstimmung oder durch die bewusste Verlagerung neuer Gründungen ins Ausland.

Ein Risiko für die Startup-Szene und den Innovationsstandort Schweiz

In der Schweiz hat sich in den letzten Jahren eine vitale Gründerszene entwickelt. Jährliche Rankings attestieren dem Schweizer Wirtschaftssystem aufsteigende Ränge für Startups. Bei einer Annahme der Initiative würde der Standort in seiner Attraktivität massiv einbüßen. Denn im internationalen Vergleich ist eine solch hohe und abrupt greifende Erbschaftsteuer für vermögende Gründer und Investoren ein Nachteil sondergleichen. Besonders im Hinblick auf klimafreundliche Innovationen ist es der Schweiz jedoch gut gelegen, sich für und nicht gegen den Innovationsstandort einzusetzen.

“ Die Initiative der JUSO ist bösartig und weder demokratisch noch rechts-staatlich tragbar. Aus gesamtgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht ist sie brandgefährlich.

Fazit: Ein gefährlicher Irrweg

Die «Initiative für eine Zukunft» der JUSO ist bösartig und weder demokratisch noch rechtsstaatlich tragbar. Aus gesamtgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht ist sie brandgefährlich. Sie führt zu Exodus von Kapital und Know-how und macht schlussendlich den Staat statt reicher ärmer, wie Prof Föllmi von der HSG aufgezeigt hat. Zudem verletzt sie ohne Not demokratische Spielregeln, untergräbt die Rechtssicherheit und ist ein Schlag gegen unseren erfolgreichen Startup-Hub.

Ich hoffe deshalb sehr, dass Bundesversammlung und Volk dieses Vorhaben als das erkennen, was es ist: eine massive Attacke auf Unternehmertum und Demokratie zum Schaden von uns allen. Für eine nachhaltige Klimapolitik und gerechte Steuerreformen braucht es rechtsstaatlich saubere, ausgewogene und wirtschaftsfreundliche Lösungen – keine radikalen Schnellschüsse.



Dr. Hans-Jörg Bertschi ist Verwaltungsratspräsident der Bertschi Gruppe, Co-Präsident der Bewegung autonomiesuisse (www.autonomiesuisse.ch/de/mitmachen) und Referent des KUMMLI Netzwerks.

«Die Juso-Initiative ist ein Verlustgeschäft für alle!»

Wir stimmen am 30. November 2025 über die Juso-Erbchaftsteuer ab. Hans-Jörg Bertschi, Präsident des Verwaltungsrates der Bertschi AG, Dürrenäsch und Vorstandsmitglied Swiss Family Business, erklärt hier im Detail, wie schädlich dieses linke Vorhaben für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist: Die Initiative würde zu jährlichen Steuerausfällen von über zwei Mia. Franken führen und damit nicht nur die sogenannten Reichen treffen, sondern alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landes. Zudem würde die Nachfolgeplanung enorm erschwert und die Schweizer Startup-Szene signifikant geschwächt.

Die Zukunfts-Initiative der Juso will Nachlässe und Schenkungen über 50 Millionen Franken mit 50 Prozent besteuern und das Geld für den Klimaschutz verwenden. Was dachten Sie, als Sie das erste Mal von dieser Idee der Juso hörten?

Hans-Jörg Bertschi: Zum einen war ich und bin noch immer tief beunruhigt über die verheerenden Auswirkungen der Initiative auf Unternehmen und Arbeitnehmende und die Zukunft der Schweiz als Investitions- und Innovationsstandort. Zum anderen war ich aber nicht wirklich erstaunt, dass die Juso eine weitere Initiative lanciert hat, mit der sie die Basis unseres Wohlstandes unterminiert.

Die sogenannte Juso-Initiative (Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert») hätte für die Schweiz tiefgehende Auswirkungen. Deshalb hat Swiss Family Business gleich reagiert und ein «Überparteiliches Komitee» gegen die Juso-Initiative initiiert. Wie setzt sich das breit abgestützte Komitee zusammen?

Das von Swiss Family Business initiierte «Überparteiliche Komitee gegen die Juso-Initiative» setzt sich aus verschiedenen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Das Komitee umfasst Vertreterinnen und Vertreter von SVP, FDP, die Mitte, GLP und SP. Zudem sind verschiedene Familienunternehmen aus der ganzen Schweiz im Komitee aktiv. Das breit abgestützte Komitee steht sinnbildlich dafür, dass die Initiative alle trifft und nicht nur die Wohlhabenden. Wir verfolgen das gemeinsame Ziel, dass die Initiative deutlich und rasch abgelehnt wird.

Swiss Family Business hat diesbezüglich eine Studie von Prof. Föllmi, Universität St. Gallen, in Auftrag gegeben. Zu welchem Schluss kommt die Studie?

Die Auswirkungen der Initiative sind für die Direktbetroffenen derart einschneidend, dass es zu einem Wegzug von Vermögenden aus der Schweiz kommen wird. Das bedeutet, dass diese Personen in der Schweiz keine Steuern mehr bezahlen werden. Gemäss einem mittleren Szenario würde die von der Juso geforderte Erbschaftssteuer zu jährlichen Steuerausfällen von über zwei Mia. Franken führen.

Eine klare Aussage der Studie: die Initiative der Juso ist ein Verlustgeschäft – für alle. Was heisst das konkret, auch für die Normalbürgerin und -bürger?

Ja, man kann es nicht anders sagen: Die Initiative der Juso ist ein Verlustgeschäft für alle! Durch die erwarteten Steuereinsparungen müssen Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz mit Steuererhöhungen oder Sparprogrammen rechnen – unter Umständen stehen für die klassischen Staatsaufgaben wie Sicherheit und Schulbildung plötzlich zur Verfügung.

Die Juso-Wirtschaftssteuer würde vielen Familienunternehmen dazu zwingen, ihre Firma zu verkaufen, sagen Kritiker. Die Jungsozialisten halten das für übertrieben: Unternehmer könnten einen Bankkredit aufnehmen, um die Steuerschuld zu finanzieren. Ist das realistisch?

Über das «Überparteiliche Komitee gegen die Juso-Initiative»

Das von Swiss Family Business initiierte «Überparteiliche Komitee gegen die Juso-Initiative» setzt sich aus verschiedenen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Das Komitee umfasst Vertreterinnen und Vertreter von SVP, FDP, die Mitte, GLP und SP. Zudem sind verschiedene Familienunternehmen aus der ganzen Schweiz im Komitee vertreten.

www.nein-zur-juso.ch

“ Im Übergabeprozess an die Nachkommen kann die hohe Steuerbelastung in vielen Fällen zum Verkauf oder sogar zur Liquidation führen.

Das ist leider nicht realistisch. Die Banken vergeben kaum Kredite in der erforderlichen Höhe. Es ist ja nicht so, dass das Geld in das Unternehmen und seine Mitarbeitenden investiert werden und damit zur Wertsteigerung des Unternehmens beitragen würde. Nein! Das Geld ging direkt an den Staat!

Die Reichen in der Schweiz bezahlen heute schon hohe Einkommens-, Vermögens- und auch kantonale Erbschaftssteuern. Warum ziehen sie nicht weg, respektive, was hält die Reichen in der Schweiz?

Dass die Schweiz bei Vermögenden so beliebt ist, hat wohl verschiedene Gründe: Ein hoher Lebensstandard, ein Staat, der sich grösstenteils mit einseitigen Interventionen zurückhält, die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten, erfahrenen und motivierten Arbeitskräften sowie eine – gerade auch im internationalen Vergleich – als vernünftig taxierte Besteuerung.

Könnten die Finanzen aus dieser indirekten Erbschaftsteuer überhaupt rechtlich für den Klimaschutz verwendet werden?

Genau dort liegt ein anderes Problem der Initiative: Die erhobenen Steuergelder müssen für den Klimaschutz verwendet und können nicht für andere Staatsaufgaben eingesetzt werden. Damit treffen die Steuerausfälle Aufgabengebiete wie Sicherheit, Schulbildung und Gesundheit umso stärker. Zudem wären für die Höhe der Ausgaben nicht die effektiven klimapolitischen Bedürfnisse massgebend, sondern der Umfang der mit der Erbschaftsteuer generierten Einnahmen. Dies birgt das Risiko ineffizienter und nicht bedarfsgerechter Ausgaben.

Die Juso betont immer wieder, dass es nur die Reichsten der Reichen betrifft. Wie stark sind den die KMU in der Schweiz direkt oder indirekt davon betroffen?

Die mittleren und grösseren Schweizer Familienunternehmen, von denen viele einen Unternehmenswert von 50 Millionen Franken überschreiten, werden von der Initiative schwer getroffen. Bei diesen Unternehmen resultiert im Übergabeprozess an die Nachkommen eine dermassen hohe Steuerbelastung, dass in vielen Fällen der Verkauf oder sogar die Liquidation droht. Die Initiative trifft aber auch alle Unternehmen, die sich in einem Grenzbereich unterhalb der Schwelle von 50 Millionen Franken befinden: Diese müssten entscheiden, ob sie das Unternehmen weiterentwickeln möchten und damit das Risiko eingehen, die Schwelle zu überschreiten, oder ob sie das Unternehmen oder Teile davon vorher verkaufen. Klar ist: Das Modell des über mehrere Generationen familiengeführten Unternehmens wird faktisch zerstört.

Was bedeutet diese Juso-Erbschaftsteuer für Ihr Unternehmen?

Mit der Initiative wird die Nachfolgeplanung enorm erschwert. Neben der Übernahme der unternehmerischen, personellen und finanziellen Verantwortung muss sich die nachrückende Generation damit auseinandersetzen, wie sie mit einer derart hohen Steuerschuld umgehen will. Faktisch ist ein Teilverkauf des Unternehmens die einzige praktikable Lösung. Die nachrückende Generation muss sich die konkrete Frage stellen, ob sie unter solchen Vorzeichen bereit ist, die Verantwortung für das Unternehmen und seine Mitarbeitenden zu übernehmen.

Auch die Schweizer Startup-Szene würde durch die Initiative geschwächt. Können Sie das genauer erklären?

Aufgrund der masslosen Abgaben werden sowohl finanzkräftige Investorinnen und Investoren wie auch erfolgreiche Gründerinnen und Gründer der Schweiz den Rücken kehren: Niemand will sich dem Risiko aussetzen, dass das mit viel Herzblut, persönlichem Engagement und Risikokapital aufgebaute Unternehmen nach dem Tod der Eigentümerschaft zerschlagen oder verkauft werden muss. Die Initiative schwächt die Schweizer Startup-Szene signifikant, weil Talente und Kapital verlorengehen.

Ihre Prognose: Wie wollen Sie die Juso-Initiative bodigen und wie geht der Urnengang aus?

Ich erkenne in der Politik, der Wirtschaft aber auch innerhalb weiter Teile der Gesellschaft ein klares und breites Missbehagen gegenüber der Initiative der Juso und deren Auswirkungen. Daher rechne ich mit einer deutlichen Ablehnung der Initiative. Dazu braucht es aber ein starkes Engagement der verschiedenen Akteure: Wir müssen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aufzeigen, dass die schädlichen Auswirkungen dieser Initiative nicht die sogenannten Reichen treffen, sondern alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landes.

Über Swiss Family Business

Swiss Family Business ist eine Plattform von familien- und inhabergeführten Unternehmen. Als Interessenorganisation vertritt sie gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, den Behörden und der Öffentlichkeit die Anliegen von Familienunternehmen und zählt heute über 380 Mitglieder aus der ganzen Schweiz.

www.swiss-family-business.ch

Interview: Corinne Remund

Redaktorin Schweizerische Gewerbezeitung sgz



**Dr. Adrian Schoop, Unternehmer,
Gemeindeammann, Grossrat FDP,
Turgi**

Bargeld im Asylwesen ist keine Lösung mehr

Die Politik darf die Augen vor den Problemen im Asylwesen nicht länger verschliessen. Das lasche Vorgehen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement EJPD stösst in der Bevölkerung längst auf Unverständnis. Das Schweizer Asylsystem ist zu attraktiv geworden. Ein Grund dafür sind Bargeldleistungen, anstelle von Sachleistungen, wie es das Gesetz vorsieht.

In der Asylpolitik ist der Spielraum der Kantone gering. Und trotzdem darf die Bevölkerung zurecht erwarten, dass wir nicht untätig bleiben und den Spielraum nutzen. Wenn alle auf den Bund warten, passiert gar nichts. Gehen die Kantone aber voran, werden Fakten geschaffen, die den Druck auf den Bund erhöhen. Genau deshalb fordern FDP und SVP in einem gemeinsamen Vorstoss die Einführung einer Bezahlkarte im Kanton Aargau für Personen aus dem Asylbereich.



Eine Bezahlkarte gilt als Sachleistung, wenn mit ihr Bargeldabhebungen und Überweisungen nicht möglich sind. Das Asylgesetz des Bundes hält ausdrücklich fest, dass «nach Möglichkeit» die Unterstützung in Form von Sachleistungen zu erfolgen hat. Der Aufschrei der Linken, hier werde ein Exempel statuiert, ist also völlig an den Haaren herbeigezogen. Der Skandal ist vielmehr, dass die Kantone noch immer wie selbstverständlich auf Bargeld setzen und Sachleistungen nicht wirklich in Erwägung ziehen. Eine

Bezahlkarte ändert auch nichts an der Höhe der staatlichen Unterstützung, zu der auch Wohnung und medizinische Grundversorgung gehören.

Der Regierungsrat teilt die Ziele unseres Vorstosses. Auch er anerkennt, dass Bezahlkarten Missbrauch verhindern, die Kontrolle über die Verwendung der Mittel verbessert und die Auszahlung «modernisieren». Aber wenn diese Ziele unbestritten sind, spricht nichts dagegen, endlich zu handeln.

Geradezu absurd ist jedoch die Bedingung der Aargauer Regierung, mit der Bezahlkarte Bargeldbezüge zuzulassen. Eine Bezahlkarte, mit der Bargeld abgehoben werden kann, ist ein übler Witz und entspricht nicht dem Gesetz. Da muss man sich fragen, ob in der Schweiz beispielsweise nur das Steuer- und das Strassenverkehrsgesetz konsequent umgesetzt werden und beim Ausländerrecht lieber weggeschaut wird. Bezahlkarten verhindern, dass Asylsuchende missbräuchlich und zu Lasten des Staates in ihrem Herkunftsland ganze Sippen unterstützen. Sie werden selbst in Ländern wie Deutschland, Österreich, Frankreich, Norwegen oder Schweden eingesetzt.

1. Mehr Bürokratie? Falsch.

Die Digitalisierung müsste eigentlich auch im Asylwesen greifen. Die Bezahlkarte ist das Gegenteil eines «Bürokratiemonsters» - wenn die Behörden in der Neuzeit angekommen wären.

2. Viel zu teuer? Unter dem Strich eben nicht.

Jede Umstellung kostet am Anfang etwas. Aber die Erfahrungen aus deutschen Pilotprojekten zeigen, dass die Einführung effizient und mit überschaubaren Kosten möglich ist.

3. Die Leistungen sind zu tief, als dass sie ins Ausland abfliessen? Nein.

Auch kleine Barauszahlungen können unter dem Druck von Schleppern oder Verwandten in das Herkunftsland von Asylsuchenden abfliessen. Die Höhe der Beträge sind nicht entscheidend. Es ist ganz simpel: Immer wieder kleine Beträge ergeben letztlich im Herkunftsland bedeutende Geldbeträge. Und das ist absolut nicht gesetzeskonform, sondern schafft falsche Anreize. Wer glaubt, dass eine Bezahlkarte nichts bringt, soll nach Thüringen in Ostdeutschland schauen. Von den ersten hundert Personen, die im Landkreis Eichsfeld über die Einführung der Bezahlkarte informiert wurden, sind 35 freiwillig ausgereist. Sie wollten nicht die Karte, sondern Cash. Wozu sind sie eigentlich gekommen?

Wer wirklich verfolgt ist, wird sich mit einer Bezahlkarte arrangieren. Man müsste eigentlich davon ausgehen dürfen, dass Asylsuchende nicht wegen des Geldes zu uns kommen, sondern weil sie an Leib und Leben gefährdet sind. Oder ist daran zu zweifeln?

Die Bevölkerung erwartet keine Symbolpolitik. Sie erwartet Wirkung. Und die gibt es nur, wenn der Staat konsequent handelt.

“ Wer die Einbürgerungsanforderungen immer mehr senken will, tut weder der Gesellschaft noch den Einbürgerungswilligen selbst einen Gefallen.



Christoph Riner
Kaufmann
Nationalrat SVP
Präsident TCS Fricktal-Rheintal

Einbürgerungsanforderungen nicht noch mehr senken

Am 21. November 2024 reichte die Aktion Vierviertel die sogenannte «Demokratie-Initiative» ein. Die Initiative verlangt die Anforderungen an Einbürgerungswillige nochmals massiv zu senken. Personen, die seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz leben, sollen bereits eingebürgert werden können. Heute muss man mindestens zehn Jahre in der Schweiz leben. Neu sollen Einbürgerungswillige nur noch über Grundkenntnisse einer Landessprache verfügen und auch kurze Freiheitsstrafen sind kein Ausschlussgrund, denn die Initiative verlangt den Ausschluss lediglich bei längeren Freiheitsstrafen.

Die Initiative wird beworben mit den Worten «Für ein modernes Bürgerrecht». Was diese deutliche Senkung der Anforderungen mit einem modernen Bürgerrecht zu tun hat, ist mir nicht klar, denn das Gegenteil ist der Fall. Die Einbürgerung soll der Abschluss einer erfolgreichen Integration sein und nicht der Beginn zur Integration. Warum soll die Aufenthaltsfrist halbiert werden und warum soll man nur noch über lediglich Grundkenntnisse einer Landessprache verfügen? Fünf Jahre Aufenthalt für die Einbürgerung erschwert die Integration klar. Integration ist ein umfassender, längerer Prozess, der nebst dem Erlernen der Sprache auch die Entwicklung von sozialen Netzwerken, das Verständnis für Rechte und Pflichten und die Identifikation mit der Gesellschaft umfasst. Zudem macht es keinen Sinn, nur noch Grundkenntnisse einer Landessprache zu verlangen, denn die Sprache ist der Schlüssel zu Kommunikation, zum Verständnis und zu den Menschen. Wer eine Landessprache spricht, kann sich beruflich integrieren, sich an Gesprächen beteiligen, die Gesetze verstehen und an der Gesellschaft aktiv teilhaben. All diese Punkte werden mit den Forderungen der Initiative untergraben.

Die Schweiz sollte weiterhin klare, faire Regeln bei Einbürgerungen haben, die den Integrationsprozess und die Zugehörigkeit zur Gesellschaft fördern. Das Recht eines Landes, Kriterien für die Einbürgerung festzulegen, ist ein Ausdruck seiner Souveränität. Wer die Einbürgerungsanforderungen immer mehr senken will, tut weder der Gesellschaft noch den Einbürgerungswilligen selbst einen Gefallen.

Es ist zu hoffen, dass diese Initiative dereinst in der Volksabstimmung deutlich abgelehnt wird. Ja zu klaren und fairen Regeln bei Einbürgerungen, nein zu immer weniger Anforderungen.

“ Wer die Einbürgerungsanforderungen immer mehr senken will, tut weder der Gesellschaft noch den Einbürgerungswilligen selbst einen Gefallen.





Adrian Meier
Geschäftsinhaber
Versicherungsbroker
Grossrat FDP
Menziken

Der Aargau will bei Kernkraft vorwärts machen

An einer der letzten Grossratssitzungen vor den Sommerferien wurden zwei Vorstösse zum Thema Kernenergie behandelt.

Einerseits wollte die SVP-Fraktion den Regierungsrat mit einer Motion beauftragen, alle in seiner Kompetenz stehenden Vorkehrungen und Absprachen zu treffen, damit im Kanton Aargau möglichst rasch ein Ersatzbau eines Kernkraftwerkes oder mindestens ein weiteres Kernkraftwerk in Betrieb genommen werden kann. Andererseits forderte die FDP-Fraktion den Regierungsrat mit einem Postulat auf, sich bei der Vernehmlassung zum geplanten indirekten Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative technologieoffen zu äussern. Beide Vorstösse fanden im Grossen Rat eine Mehrheit.

Der Kanton Aargau zählt eine Strommangellage bei seiner aktuellen Gefährdungs- und Risikoanalyse zu den drei grössten Risiken im Hinblick auf das mögliche Schadenpotenzial. Die Wahrscheinlichkeit, dass im Winter während mehrerer Monate eine Stromunterversorgung eintreffen könnte, ist mit Stromimporten in den Wintermonaten nicht gebannt. Das abschätzbare Schadensausmass ist gewaltig und kommt in die Nähe einer mehrjährigen Pandemie. Die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft sind verheerend.

Ja zu beiden Vorstössen dank bürgerlicher Mehrheit

Die Freisinnigen unterstützen deshalb die Bestrebungen, die absehbare Stromlücke durch die Energiestrategie 2050 im Winterhalbjahr von ca. 15 TWh mit einem Anteil an Bandenergie zu minimieren. Dazu gehören neben der Wasserkraft insbesondere die Kernenergie. Der Schweizer Souverän hat sich das Ziel gesetzt, bis ins Jahr 2050 CO₂-neutral zu sein. Das funktioniert nur mit einer klimaschonenden Stromversorgung im Winter. Der Grosse Rat will also, dass der Kanton Aargau – sobald das Neubauverbot für Kernenergieanlagen auf Bundesebene gestrichen ist – für einen Ersatz- oder Neubau bereit ist.

Mitte-Links wehrte sich vehement und ideologisch gesteuert gegen beide Vorstösse. Schlussendlich obsiegte die Mehrheit aus SVP und FDP mit 72 zu 63 Stimmen respektive 75 zu 49 Stimmen. Es bleibt zu hoffen, dass das Signal in Bundesbern angekommen ist. Der Kanton Aargau will die langfristige Verantwortung für die Stromversorgungssicherheit der Schweiz übernehmen und ist bereit für einen Ersatzbau oder Neubau eines Kernkraftwerkes.

Kernkraftwerk Leibstadt



Öffentliche Veranstaltung



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Dienstag, 2. Dezember 2025, 20.00 Uhr
Gasthof Ochsen, Lupfig

Rahmenabkommen 2.0 **und Kompass-Initiative**



Wie sichern wir unseren Wohlstand?

Urs Wietlisbach

Partner und Mitgründer Partners Group
Mitinitiant Kompass-Initiative



Mitgliederversammlung um 18.00 Uhr



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Einladung zur Mitgliederversammlung

2. Dezember 2025, 18.00 Uhr
Gasthof Ochsen, Lupfig

Traktanden

1. Begrüssung
2. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 20. November 2024
3. Tätigkeitsbericht 2024
4. Jahresrechnung 2024
5. Bericht der Revisionsstelle für das Jahr 2024
6. Entlastung des Präsidiums und der Vorstandsmitglieder
7. Wahl der Revisionsstelle. Antrag: Wiederwahl der thv AG, Aarau
8. Bestätigung der Wahl des Co-Präsidiums, gem. Art. 23, Abs. 3, der Statuten
9. Wahl der bisherigen Vorstandsmitglieder Reto Caprez, Dr. Hans-Jörg Bertschi, Stefanie Heimgartner, Dr. Daniel Heller, Michelle Rütli, Daniel Knecht, Silvan Hilfiker, Otto Suhner
10. Ersatzwahl für die aus dem Vorstand zurückgetretene Martina Bircher
11. Wahl des Präsidiums: Reto Caprez (Präsident), Dr. Hans-Jörg Bertschi (Vizepräsident), Stefanie Heimgartner (Vizepräsidentin)
12. Verschiedenes

20.00 Uhr, Öffentlicher Anlass
Rahmenabkommen 2.0 und Kompass-Initiative
Wie sichern wir unseren Wohlstand?

Urs Wietlisbach

Partner und Mitgründer Partners Group
Mitinitiant Kompass-Initiative



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

**Bitte Jahresbeitrag
einzahlen und
Spenden nicht
vergessen!**

Sind das auch Ihre Anliegen?

- Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung
- Eine weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes
- Die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz
- Alternativen zur abzulehnenden Vollmitgliedschaft der Schweiz in einer EU gemäss den Maastrichter Verträgen

Dann sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

PERSPECTIVE CH Telefon 056 464 28 49
Postfach 2553 info@perspective-ch.ch
5001 Aarau www.perspective-ch.ch

Beitrittserklärung zu PERSPECTIVE CH

Bitte Talon einsenden oder Anmeldung per Mail mit den untenstehenden Angaben.

Name, Vorname _____

Genaue Anschrift _____

PLZ/Ort _____

Beruf, Stellung _____

Politische Mandate _____

Jahresbeiträge

- ☐ Privatpersonen Fr. 50.–
☐ Juristische Personen Fr. 100.–
Firmen, Verbände, ...
☐ Gönner ab Fr. 200.–

Spenden willkommen!

Bankverbindung:
Credit Suisse (Schweiz) AG
8070 Zürich
IBAN: CH55 0483 5052 9798 8100 0